

Er scheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M., fürs  
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gepaltene Pestszeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 46 :. 29. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-  
straße 10b :. Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 12. November 1915

**Inhalt.** Beitragsleistung. — Zur Beachtung. — An unsere Mitglieder. — Zum Jubiläum der deutschen Gewerkschaften. — Der sozialistische Grundgedanke in der militärischen Organisation. — Erhaltung und Wehrung der deutschen Volkskraft. — Aus unserem Beruf. — Die Kriegsgewinnung in der Nahrungsmittelindustrie. — Protokolle der 4., 5. und 6. Sitzung der Schlichtungskommission für das Weberausüstungs-Gewerbe für den Bezirk Hamburg, Altona, Bandschel. — Feldpostbrief. — Die Folgen des Antreibesystems in Amerika. — Korrespondenzen. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Adressenänderungen. — Sterbefälle. — Anzeigen.

Für die Woche vom 14. bis 20. November ist der 47. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbande gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

## Zur Beachtung!

Allen Verbandsmitgliedern, insbesondere den Ortskassierern und Beitragserhebenden bringen wir hiermit in Erinnerung, daß die für die Woche vom 26. Dezember bis 1. Januar fällige Beitragsmarke auf das 53. Beitragsfeld des Mitgliedsbuches bezw. der Mitgliedskarte zu kleben ist. Für die Woche vom 2. bis 8. Januar ist der erste Wochenbeitrag des Jahres 1916 fällig.

## An unsere Mitglieder.

Vorstand und Ausschuss haben in gemeinschaftlicher Sitzung beschlossen, Anfang Dezember eine

## Weihnachtsunterstützung an die Familien

der zu Heeresdiensten eingezogenen Mitglieder auszusprechen. Für die Auszahlung dieser Unterstützungen kommen nur solche Frauen in Betracht, deren Männer vor dem 1. Oktober d. J.

eingezogen wurden und bis zum Tage des Eintritts zum Militär mindestens 26 Wochenbeiträge

und, soweit sie dazu verpflichtet waren, auch die fälligen Monatsbeiträge entrichtet haben.

Laut der Bekanntmachung von Nr. 1 der „Sattler- und Portefeuille-Ztg.“ von diesem Jahre haben die Frauen der Gefallenen, welche die Heeresdienstbeihilfe erhalten haben, an diese Unterstützung keinen Anspruch.

Die Auszahlung dieser Unterstützung erfolgt in der Woche vom 6. bis 11. Dezember. Zum Zweck der Auszahlung gehen den Ortsverwaltungen Listen an. Diese Listen sind genau auszufüllen und bis zum 31. Dezember mit der Hauptkasse zu verrechnen. Die Richtigkeit der Auszahlungen müssen von zwei Mitgliedern der Ortsverwaltung auf den Listen bescheinigt werden.

Der Ausschuss.  
J. A.: G. Wolf.

Der Vorstand.  
J. A.: P. Blum.

## Zum Jubiläum der deutschen Gewerkschaften.

Als in der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober 1890 die Fesseln des Sozialistengesetzes fielen, konnte die deutsche Arbeiterbewegung nach zwölfsjährigem Zwange einigermaßen frei aufatmen. Zu Freudenfeiern war wenig Zeit. Der Gedanke, die Trümmer der noch vorhandenen in alle Winde verstreuten Organisationsreste wieder zu sammeln, sie zu neuem Aufbau fest aneinanderzuflicken, befeuerte die Herzen aller vorwärtsstrebenden Arbeiter und trieb sie zu beifolgendem Handeln.

Schon am 12. Oktober 1890 trat unter dem Vorsitz der Abgeordneten Singer und Dieß der Sozialdemokratische Parteitag in Halle an der Saale zusammen, auf dem 417 Delegierten vertreten waren. In dem vom Abgeordneten Hebel erstatteten Bericht der Parteileitung werden die Opfer des Ausnahmegesetzes im einzelnen aufgeführt. Danach wurden etwa 1400 Druckschriften verboten, 900 Personen wurden ausgewiesen, 1500 Personen wurden zu rund 1000 Jahren Gefängnis und Zuchthaus verurteilt. Auch die meisten Gewerkschaften wurden aufgelöst, und zwar 17 Verbände und 62 lokale Fachvereine sofort nach Inkrafttreten des Ausnahmegesetzes. Durch all diese Verfolgungen konnte wohl die Form zerbrochen, aber nicht der Geist getötet werden. Schon nach wenigen Wochen veröffentlichten die Vertrauensmänner der Metallarbeiter einen Plan, die Vorstände und Leiter der gewerkschaftlichen Organisationen zu einer Konferenz zusammenzuberufen, um Fragen, welche auf die gewerkschaftliche Bewegung Bezug haben, gemeinschaftlich zu erörtern. Diese Anregung fand allenthalben Zustimmung.

Am 16. und 17. November 1890 tagte in den Arminhallen zu Berlin die erste Gewerkschaftskonferenz, an der 74 Delegierte, darunter 9 Frauen, teilnahmen. Hier wurde der Grundstein zu der heutigen Zusammenfassung aller Zentralorganisationen gelegt und die Einsetzung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beschlossen, welche allen Angriffen der Unternehmer auf das Organisationsrecht der Arbeiter, gleichviel welcher Branche, energisch entgegenzutreten bzw. jeden Widerstand der Einzelorganisationen tatkräftig zu unterstützen hat. Ferner hat die Kommission für Organisation der wirtschaftlich zu schwach gestellten Arbeiter und Arbeiterinnen einzutreten und deren Organisationen tatkräftig zu unterstützen, sowie die Agitation zur Verbreitung der Organisation in den noch unorganisierten Landesteilen zu leiten. Genosse Carl Legien, der heute noch in der Generalkommission das arbeitsreiche Amt des Vorsitzenden bekleidet, wurde am 17. November an die Spitze der neugegründeten Kommission gestellt.

Mit dem 25jährigen Bestehen der Generalkommission kann also auch Genosse Carl Legien auf eine 25jährige Tätigkeit als Vorsitzender dieser Körperschaft zurückblicken.

Die Zeit des schweren Völkerringens, das auch der deutschen Arbeiterchaft schwere Wunden schlug, läßt es nicht angebracht erscheinen, Jubiläen, auch wenn sie noch so bedeutungsvoll und Gedenktag der Kulturbewegung sind, festlich zu begehen. Die organisierte Arbeiterchaft kann auch gern jede prunkende Feier entbehren. Ihr kommt es nicht auf das Weidert an. Sie weiß, was die Generalkommission in den 25 Jahren für sie geleistet hat, in Dankbarkeit ehrt sie ihren Führer und wünscht ihm, er möge noch viele, viele Jahre in voller Rüstigkeit, die ihm anvertrauten Kameraden zum Wohle der gesamten Arbeiterchaft des In- und Auslandes befehlen.

Um die Leistungen der Generalkommission und ihres Führers auch nur im entferntesten zu schildern, bedarf es, ohne Uebertreibung, eines ganzen Sammelwerkes. Die jährlichen, allerdings auch nur im Auszuge von uns wiedergegebenen Berichte, lassen mit Deutlichkeit sowohl die entgegenstehenden Schwierigkeiten wie auch die erzielten Erfolge erkennen. Während vor Kriegsausbruch die der Generalkommission angehörenden Gewerkschaften über 2 1/2 Millionen Mitglieder mit einem Massenbestand von rund 88 Millionen Mark zählten, gehörten damals den zentralen und lokalen Gewerkschaften etwas über 300 000 Mitglieder an, die selten mehr als 15 Pf. die Woche an Beitrag leisteten. Beiträge von 20 Pf. den Monat waren noch vielfach üblich, so daß die Generalkommission in einem Rundschreiben den Gewerkschaften empfehlen mußte, mindestens 20 Pf. pro Mitglied und Woche zu zahlen. Die regelmäßige Arbeitszeit in vielen Gewerben währte noch 12 bis 13 Stunden den Tag, in zurückgebliebenen Gegenden sogar noch 16 Stunden. Die Generalkommission hatte wohl einen großen Aufgabebereich, jedoch wurden ihr nur sehr geringe Mittel zur Verfügung gestellt. Die Abführung eines Beitrages von 1 Pf. pro Mitglied ergab die horrende Einnahme von 1208 Mk. Trotz dieser Palamität und anderer Widerwärtigkeiten, gab die G. K. am 20. Januar 1891 die erste Nummer des „Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ heraus, das auch in der Folge den Vorständen der Zentralvereine, den Vertrauensleuten der Gewerkschaften und den Redaktionen der Arbeiterzeitungen gratis verabfolgt wurde. Die zweite Konferenz am 7. und 8. November 1891 in Salberstadt erhöhte den Vierteljahresbeitrag denn auch auf 3 Pf. Die Streikluft der Arbeiter war zu damaliger Zeit sehr rege, aber es fehlte an den notwendigen Unterstützungsgeldern. Dessenartige Sammlungen waren an der Tagesordnung und damit auch oft der Ausgang des Streiks entschieden. Erst nach und nach festigte sich der

Gedanke, jede Gewerkschaft zu verpflichten, erst Mission anzunehmen und möglichst aus eigenen Mitteln die Kosten ihrer Lohnkämpfe zu bestreiten.

Auf der legt erwähnten Konferenz spielte auch die Organisationsform eine hervorragende Rolle. Die Generalkommission schlug vor, berufsverwandte Organisationen mögen sich zu Unionen zusammenschließen, um die Agitation gemeinschaftlich zu betreiben und dadurch die Kosten zu vermindern. Ebenso sollte ein gemeinschaftliches Presseorgan herausgegeben werden, Streiks, die von der Union gutgeheißen werden, sollten auf gemeinschaftliche Kosten geführt werden. Auch das Herbergs- und Arbeitsnachweiswesen, die Pflege der Berufsstatistik u. v. a. sollte zu den Aufgaben der Union gehören. Als Mindestbeitrag wurden 15 Pf. pro Woche empfohlen, wovon die Union 10 Proz. und davon wieder 20 Proz. die Generalkommission erhalten sollte. Ein diesbezüglicher Entwurf wurde mit 35 gegen 4 Stimmen angenommen. Der Vertreter des Sattlerverbandes, Kollege Sassenbach, stimmte gegen die Unionsbildung, weil in einer Sitzung der Lederbranche dieser Teil des Entwurfs mit drei gegen drei Stimmen abgelehnt wurde. Jedoch war man sich einig, die Agitation gemeinsam zu betreiben und nach und nach engere Verbindung anzustreben.

In der Woche vom 13. bis 18. März 1892 tagte in Halberstadt der erste deutsche Gewerkschaftskongress, der sich besonders mit der Organisationsform beschäftigte, wobei es besonders zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Zentralisten und Lokalistikern gekommen ist. Nachdem der Kongress sich für die Zentralisation der Gewerkschaften, die sich ja bis heute als die beste Organisationsform erwiesen hat, erklärt hatte, verließen die Lokalisten den Kongress und bildeten auf Grund des Vertrauensmännerchens eine besondere Organisation, von der heute nur noch trümpige Bruchstücke vorhanden sind.

Es würde zu weit führen und ist auch nicht unseres Amtes, den Werdegang der Jubilarin, der Generalkommission, und ihres bewährten Führers, während der letzten 25 Jahre im einzelnen zu schildern. Wir begnügen uns mit der Feststellung, daß es viel Mühe, Opfer und Heberzeugungstreue gekostet hat, die Gewerkschaften durch alle ihr entgegenstehenden Fährnisse zu bringen. Wenn heute die deutschen Zentralgewerkschaften eine achtunggebende Stelle im Wirtschaftsleben einnehmen, so ist das nicht zum wenigsten der Generalkommission mit zu verdanken.

Namens unserer Verbandsmitglieder reihen wir uns in den Kreis der Gratulanten ein und fühlen uns bemüht, dem bewährten Führer der deutschen und ausländischen Gewerkschaftsbewegung den Dank für treue, aufopfernde Vorkämpferleistung abzustatten. Möge es unserem Carl Legien vergönnt sein, seinem Lebenswerk, wozu auch die Gewerkschaftsinternationale gehört, noch viele Jahre zum Wohle der gesamten Arbeiterchaft vorzutreiben.

**Der sozialistische Grundgedanke in der militärischen Organisation.**

Es gibt wohl nicht einen unter uns, der nicht einen ihm lieben Menschen draußen im Felde hat, einen Gatten oder Bruder oder Freund. Sie sind im Felde, diese Braven, das wissen wir, aber wo sie augenblicklich als Soldaten stehen, das ist uns unbekannt. Wenn sie auch heute noch schreiben, sie weilen da oder dort, morgen schon können sie an einer ganz anderen Stelle sein. Und nicht nur an der Front, an der sie waren, werden unsere Soldaten verschoben; im Westen sind sie einmal und dann im Osten und umgekehrt, und man kommt auch noch Serbien als Kampfplatz für sie in Betracht. Immer dort sind sie zur Stelle, wo sie nötig sind. Nach dem Bedürfnisse richtet sich die militärische Kräfteverteilung u. g.

Das haben wir schon so oft beobachtet, stets, und beobachten es noch heute, und es kommt uns so natürlich vor, als wenn es nicht anders sein könnte. Und doch gilt dieser Gedanke nur im militäri-

sehen Leben. So wichtig und richtig der Grundgedanke ist, er hat heute noch keine allgemeine Geltung. Für unser wirtschaftliches Leben kommt er nicht in Betracht.

Kann er das überhaupt? — Nein, heute nicht, denn unserm wirtschaftlichen Leben von heute fehlt das, was die wesentliche Vorbedingung für solche Verteilung ist, die Zentralisation, die Einheit, der eine leitende Grundgedanke, wie er im militärischen Leben vorhanden ist. Unser wirtschaftliches Leben ist nicht nach einem einheitlichen Plane organisiert. Es ist zerstückelt in viele größere oder kleinere und kleinste private Einzelbetriebe, deren jeder sich nicht einem großen leitenden Gedanken zu fügen hat, deren jeder vielmehr auf nichts anderes bedacht ist, als auf den eigenen Gewinn. Und so kommt es denn, daß nicht nach dem Bedürfnis der Gesamtheit gewirtschaftet wird und daß die Arbeitskräfte nicht nach dem Bedürfnis der Gesamtheit verteilt werden. Es ist ein blindes und planloses Wirtschaften in diesem Wirtschaftsleben von heute, und wenn sich auch vielfach die Betriebe der gleichen Branche verbunden haben, so schließt das die persönliche Profitgier nicht aus und vor allem wird dadurch die Regelung der Bedürfnisfrage im Verhältnis der verschiedenen Branchen zueinander nicht ermöglicht. Ohne einen festen Rhythmus und Anhalt wird darauf losgewirtschaftet, bis sich mit einem Male Heberproduktion zeigt, Krisen eintreten und zahllose Glieder des arbeitenden Volkes plötzlich auf der Straße stehen.

Die Planmäßigkeit in der Verteilung der Kräfte, wie sie sich heute im militärischen Leben draußen so glänzend bewährt hat, sie muß darum auch im wirtschaftlichen Leben zur Geltung kommen. Und das ist nur möglich in einer neuen Wirtschaftswelt.

Nur wenn die ganze Produktion in einer Hand ist, wie die ganze militärische Leitung, nur wenn die ganze Produktion ausgebaut und geleitet wird von der Gesamtheit, nur dann können auch im wirtschaftlichen Leben die großen Erfolge erzielt werden, wie sie die Einseitigkeit im militärischen Leben mit sich bringt.

Oder sollte eine planmäßige Wirtschaft schon möglich sein durch Reformen innerhalb unserer heutigen Wirtschaftsordnung, etwa durch ein Reichsarbeitsamt? — Gewiß würden dadurch manche Schäden bereits gehoben, aber Planmäßigkeit mit ihren gegenwärtigen Folgen bedeutete solche Reform noch nicht. Es fehlt noch das wesentliche Moment, wie es im militärischen Leben zu finden ist. Auch hier, im militärischen Leben, zeigt sich uns eine Zentralisation, aber noch mehr als das. Es ist nicht eine Organisation von frei schaltenden und waltenden Gliedern. Jeder einzelne Teil dieses großen Truppenganges hat nicht von sich aus sein besonderes Ziel. Es steht im Dienste eines einen Willens, des Willens des Ganzen: zu siegen, als Ganzes zu siegen. Ein leitender Geist steht hinter dieser planmäßigen Verteilung der militärischen Kräfte.

So muß auch hinter der planmäßigen Verteilung der wirtschaftlichen Kräfte ein leitender Geist stehen, wenn das Ganze seinen Nutzen haben soll. Das ist aber nicht der Fall, trotz aller äußerlichen Zentralisierung, wenn jedes einzelne Glied dieser Organisation sein besonderes Ziel hat, den Willen, zu verdienen und nochmals zu verdienen. Darum muß dieser egoistische Einzelwille beseitigt werden, wenn die ganze planmäßige Wirtschaft eines Volkes von einem leitenden Willen geleitet sein soll. Und das ist nur möglich in einer neuen Wirtschaftswelt.

Diese Gedankengänge zeigen uns aber auch, daß unser wirtschaftliches Ziel gar nicht so etwas Besonderliches darstellt, wie unsere Gegner glauben. Der Gedanke unseres Zieles ist so natürlich, daß es im heutigen Leben da, wo es zum Bestande unseres Heute wesentlich ist, bereits zur Einführung gelangt ist, nämlich im militärischen Leben. Wir wollen nur die planmäßige Verteilung der Kräfte im Sinne eines einen Willens, nämlich dem des Ganzen, wie sie im militärischen Leben erfolgt, auch im wirtschaftlichen Leben eingeführt sehen. Und da sagt ihr noch, unser Gedanke sei unbrauchbar oder gar nicht sittlich?

**Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.**

In nicht weniger als fünf Tagungen ist kürzlich zur Frage der Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft Stellung genommen worden. Zunächst wurde im preussischen Abgeordnetenhaus eine Gesellschaft für Bevölkerungspolitik gegründet, dann hielt die Zentrale für Volkswohlfahrt eine mehrere Tage umfassende Versammlung im Reichstagsgebäude ab und außerdem beschäftigte sich damit der Bund für Mutterchutz und der Bund Deutscher Frauenvereine.

Die von dieser Organisation veranstaltete Versammlung wollte den Standpunkt der Frauen zur Sache zum Ausdruck bringen, weil auf den beiden erstgenannten Veranstaltungen fast ausschließlich Männer ihre Ansicht geäußert hatten.

Auf den ersten Blick erscheint eine Stellungnahme zu einer Frage von so vielen Seiten etwas reichlich zu sein. Das große Interesse erklärt sich nur aus den gegenwärtigen Zuständen, durch die ungeheuer viel gesunde Volkskraft auf den Schlachtfeldern vernichtet und durch die wirtschaftliche Lage breiter Massen infolge vieler Umstände, nicht zuletzt durch die große Teuerung und den Mangel an wichtigen Nahrungsmitteln, stark geschwächt wird. Das alles läßt ein Zurückgehen der Bevölkerungsziffer in den nächsten Jahren erwarten. Es ist daher verständlich, daß versucht wird, dies durch Gegenmaßnahmen zu verhindern oder doch auszuhalten. Zweifelslos mögen die in den Versammlungen gemachten Vorschläge zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft beitragen, wenn es gelingt, die Vorschläge praktisch durchzuführen. Gefordert wurde u. a. Ausdehnung des industriellen Arbeiterschutzes für männliche Personen bis zum 18. Lebensjahre, Erweiterung des Arbeiterrentenschutzes, Erhöhung der Gehälter für Beamte und Angestellte, allgemeine Mutterschaftsversicherung, Ausdehnung und Verbesserung der Kinderfürsorge, verbesserte Schulhygiene, Gesundheitsfürsorge der schulentlassenen Jugend, bessere Vorbereitung der Frauen auf Beruf und Mutterschaft, Wohnungs-, Hygiene und Verbesserung der Wohnungsverhältnisse für die große Masse der Arbeiter.

Das sind alles Forderungen, die die Arbeiterorganisationen seit Jahren erheben und deren Durchführung vielfach verhindert worden ist durch das Verhalten der bürgerlichen Parteien. Noch bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung wurden die Arbeitervertreter im Reichstage im Stich gelassen mit ihrem Verlangen auf Ausdehnung der Wochenhilfe, weil der Vertreter der Regierung erklärt hatte, daß an dieser Frage das ganze Gesetz eventuell scheitern könnte. Reichtlich ist es ihnen auch mit allen anderen Forderungen ergangen.

Ein besserer Mutterchutz könnte die Säuglingssterblichkeit erheblich einschränken, namentlich wenn er ergänzt würde durch geeignete Kinderfürsorge und durchgreifenden Arbeiterschutz. In den letzten Jahren starben in Deutschland durchschnittlich 400 000 Säuglinge im Alter bis zu einem Jahre. Ein erheblicher Prozentsatz dieser Kinder wäre länger am Leben geblieben, wenn den Müttern während der Schwangerschaft, bei der Entbindung und im Wochenbett und den Kindern nach der Geburt geeigneter Schutz und ausreichende Ernährung und Pflege hätte gegeben werden können. Die Zahl der Leben, die erhalten bleiben könnten, werden auf jährlich 200 000 geschätzt. Viele gehen zugrunde, weil schwangere Frauen bis auf die letzte Minute schwer arbeiten müssen, sich dabei nicht einmal ausreichend ernähren können, denn sie wollen und müssen ja in der Zeit der Schwangerschaft Vorzüge treffen für die Wochen der Arbeitslosigkeit, die das Wochenbett zur Folge hat und die Kosten der Entbindung. Wohl leisten die Krankenkassen in dieser Zeit Unterstützung, die aber unzureichend ist und nicht einmal allen Krankenkassenmitgliedern zugute kommt. Nach der Entbindung aber müssen Frauen sobald wie möglich wieder zur Erwerbsarbeit greifen ohne Rücksicht auf die Vorschriften der Gewerbeordnung, die eine Beschäftigung von Arbeiterinnen vor dem Ablauf von sechs Wochen nach der Niederkunft verbieten. Wenn Erhaltung von Beschäftigung außerhalb des Hauses aus diesem Grunde nicht möglich ist, suchen die Frauen andere Arbeit, nur um Verdienst zu haben, weil sie sonst nicht leben können. Auf diese Weise schädigen sich viele Frauen und machen sich unnützig, weiter gesunde Kinder zur Welt bringen zu können. Sie gefährden aber auch das Leben der Kinder, die besonders in der ersten Zeit nach der Geburt sorgfältige Pflege brauchen. Durch geeignete Fürsorge für die werdende und die junge Mutter könnte deshalb viel für die Gesamtheit erreicht werden. Dafür liegen zahlreiche Beweise vor. So wurde z. B. von einem Redner in der von der Zentrale für Volkswohlfahrt organisierten Versammlung festgestellt, daß vom November 1914 ab die Säuglingssterblichkeit so gering war wie nie zuvor. Zurückzuführen ist dies erfreuliche Resultat auf die Wirkungen der Kriegswochenhilfe durch das Reich, die den Müttern durch Beihilfen von 1 Mk. pro Tag auf die Dauer von acht Wochen nach der Entbindung und außerdem 50 Pf. pro Tag auf die Dauer von 12 Wochen, wenn sie das Neugeborene selbst stillen, hierzu die Möglichkeit in größerem Maße geben, als sonst der Fall war.

Ausbau des Arbeiterschutzes im Sinne der von der Arbeiterchaft stets erhobenen Forderungen könnte also ganz erheblich zur Erhaltung und Mehrung der Volkskraft beitragen. Er ist deshalb für diese Frage so wichtig, weil die arbeitende Bevölkerung reichlich drei Viertel der Gesamtbevölkerung ausmacht. Daher müssen die Gesundheitsverhält-

nisse und die wirtschaftliche Lage dieser Bevölkerungsschicht von ganz bedeutendem Einfluß sein.

Insofern ist wohl die in der Verammlung der Frauenvereine zum Ausdruck gebrachte Ansicht nicht ganz zureichend, daß in der Verammlung im Reichstage ein Uebersehen der äußeren Mittel zulage getreten ist. Die Mednerin legte größeres Gewicht darauf, in den Frauen mehr den Willen zur Mutterschaft und die Freude am Wachsen und Werden des neuen Menschen zu wecken.

Zweifellos sind dies sehr wichtige Momente. Wo aber kann in der Arbeiterschaft der Wille zur Mutterschaft — auch der Wille zur Vaterschaft, der dazu gehört — geweckt werden, wenn sie für die Frauen dieser Bevölkerungsschicht größeren Lasten und neue Sorgen bedeutet? Wie kann sich eine Frau, die ihr Kind fremden Leuten ohne Garantie für liebevolle und richtige Pflege anvertrauen muß, weil ihr keine Zeit dafür übrig bleibt, ungetrübt am Werden und Wachsen des Kindes freuen? Auch in der Arbeiterschaft ist der Wille zur Mutterschaft vorhanden und noch viel stärker die Freude an der Entdeckung der Kinder, wenn sie einmal da sind. In welchem Maße ist aber, daß auch in der Arbeiterklasse mehr und mehr das Zweifeln über die Geltung kommt. Der Grund dafür ist in den wirtschaftlichen Verhältnissen und in der Wohnungsnot zu suchen. Also nicht etwa Bequemlichkeit und Vergnügungssucht, sondern gerade Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber den Kindern veranlaßt viele Arbeiterfamilien, auf starken Kindererben zu verzichten.

Solange Frauen in zehnjähriger Arbeitszeit sich abdrücken müssen, ohne genügend zu verdienen und daneben noch Wirtschaft und Kinder zu versorgen haben — selbst schwangere Frauen — und solange Frauen gleich nach der Entbindung wieder arbeiten müssen, wird der Wille zur Mutterschaft in der arbeitenden Bevölkerung nicht allzu stark vorhanden sein können, und nur Bevölkerungskreisen in kulturell zurückgebliebenen Gegenden und Leuten ohne viel Verantwortlichkeitsgefühl wird Frau Vopelius die Wasserbütte zu empfehlen Veranlassung haben.

Deshalb sind und bleiben Ausbau des Arbeiterhäuses und Ausdehnung des Mutterhauses, der Kindererziehung, Schulspargungen, Wohnungshygiene und andere sozialpolitische Maßnahmen wichtige Voraussetzungen für eine gesunde Bevölkerungspolitik. Bis zu ihrer Verwirklichung werden in Arbeiterkreisen Bestrebungen wenig Erfolg haben, die stärkeren Willen zur Mutterschaft erreichen wollen.

In der jetzigen Zeit und in den ersten Jahren nach dem Kriege wird übrigens ganz besonderer Wert auf Gesunderhaltung der Kinder gelegt werden müssen, weil die Kriegesfolgen den Willen zur Mutterschaft in weiten Kreisen — nicht nur in der Arbeiterklasse — fast beeinträchtigt haben. Viele fürchten sich, in Rücksicht auf die unmittelbaren Kriegesfolgen, Kinder, vor allen Dingen Söhne, zur Welt zu bringen. Deshalb dürfte auch der vielfach gegebene Hinweis, daß der Staat Soldaten braucht, wenig geeignet sein, den Willen zur Mutterschaft zu fördern.

Diese Kriegswirkungen werden allerdings mit den Jahren weniger in Erscheinung treten. Jetzt und für die nächste Zeit üben sie zweifellos großen Einfluß aus. Um den Willen, Kinder zur Welt zu bringen, in der Bevölkerung und vor allen Dingen in ihrer zahlreichsten Schicht, der Arbeiterschaft, zu fördern, ist Sicherstellung der Glieder dieser Bevölkerung erste Vordringende. Hand in Hand mit zweckmäßigen Einrichtungen zur Gesunderhaltung des Nachwuchses und zur geistigen Hebung der Arbeiterklasse, die ein Erkennen des ökonomischen Wertes einer wachsenden Bevölkerungsziffer ermöglicht, wird dann ein Erhalten und Wehren der Volkskraft zu erreichen sein, an dem alle Bevölkerungskreise interessiert sind.

**Aus unserem Beruf.**

**Kriegsagung deutscher Sattler-Zunungen.** (Vorsitzender Bericht.) Am 7. und 8. November fand in Berlin die Hauptversammlung des Bundes deutscher Sattler-Zunungen statt. An Stelle des verstorbenen Herrn Zehle wurde Obermeister R. Ludwig-Berlin zum Bundesvorsitzenden gewählt. Eine Entschädigung wurde angenommen, wonach die Zunungen verpflichtet sind, betreffend Fürsorge der Kriegsbeschädigten im Sinne der Satzungen der Berliner Arbeitgemeinschaft zu wirken. Nach den gegebenen Richtlinien sollen Genossenschaften m. b. H. zwecks korporativer Arbeitsübernahme für Behörden gegründet werden. Dann wurde beschlossen, der Bund deutscher Sattler-Zunungen schließt mit dem neugegründeten Verband der Sattlerausstattungsfabrikanten eine Interessengemeinschaft für das Sattlergewerbe.

In der nächsten Nummer unserer Zeitung werden wir über diese Tagung ausführlicher berichten.

**Die Kriegsgewinne in der Nahrungsmittelindustrie.**

In der „Hilfe“ gibt Erich Schairer folgende Zusammenstellung der in Mühlen, Nahrungsmittel-fabriken und Fischereierzeugnissen erzielten Gewinne:

Betrieb	Reingewinn		Dividenden	
	1915	1914	1915	1914
Herrnmühle vorm. C. Geng u. Co., Berlin	279 000	49 000	8	4
Grüßler Mühlenwerke u. Co., Straßburg i. El.	452 000	277 000	8	7
Dortmunder Mühlenwerke u. Co., Dortmund	292 000	—	8	?
Braunschweig. Koggenmühle u. Co., Leinhardt-Braunmühle	164 000	34 000	9	4
Schlagerer Mühlenwerke u. Co., Schlager u. A.	119 000	104 000	10	10
Sundobadmühle u. Co., Berlin	212 000	—	10	6
Rübecker Delmühle u. Co., (vorm. G. & A. Rübeck), Lübeck	353 000	—	10	0
Bremeröder Mühlenwerke u. Co., vorm. Grimm-Goggenah, Bremeröder	48 000	28 000	10	6
Mehlmühlwerke, Mannheim	475 000	60 000	12	6
Mühlmühle Rosenheim, Rosenheim	555 000	348 000	12	12
Mühle Mühlens etc., Mühlheim u. Co. für Mühlenbetrieb, Neustadt (Hardt)	1 045 000	563 000	12	10
Sagunmühlwerke u. Co., Rosenhain & Comp., Böhlen	186 000	97 000	12	12
Holtenauer Dammhülsen u. Co., vorm. C. Hühner-Rach, Röhrenberg	387 000	64 000	16	5
Berliner Mühlenwerke u. Co., Berlin	297 000	72 000	20	4
Mühle Königs u. Co., Mülheim (Braunschweig)	347 000	114 000	20	7
Burgener Mühlenwerke und Mischfabriken u. Co. vorm. Strisch in Surzen	718 000	584 000	24	24
Sagunmühle Wollfabrik u. Co., vorm. Halle	1 195 000	337 000	18	7
Reichsmühle, (Hilfsmühle) Wollfabrik, (Hilfsmühle) Wollfabrik, (Hilfsmühle) Wollfabrik	515 000	227 000	30	16
Wollfabrik Joh. Braun u. Co., Wollfabrik bei Worms a. Rh.	318 000	131 000	10	5
C. H. Anor u. Co., Wollfabrik a. Rh.	3 327 000	1 799 000	15	12
Wollfabrik u. Co. in Aalt.	1 914 000	1 691 000	10	9
Müllermühle, Admann, Admann bei Halle	—	—	12	10
Wollfabrik Meißel & Comp., Halle	178 000	145 000	12	10
Wollfabrik Rantowitz u. Co., Wollfabrik (Hilfsmühle) Wollfabrik	341 000	230 000	12	12
Deutsche Dampfzuckerfabrik, Nordde. Nordde. Nordde.	513 000	443 000	7	5
Haus- & Viehfleischerei u. Co., Hamburg	131 000	85 000	10	8
Lebend- & Fischfleischerei u. Co., Guxhagen	—	—	10	7
Deutsche Seefischhandels u. Co., Hamburg	164 000	55 000	12,5	0

**Protokolle der 4., 5. und 6. Sitzung der Schlichtungskommission für das Leder- und Schuh-Gewerbe für den Bezirk Hamburg, Altona, Wandsbek.**

In der vierten Sitzung am 18. September waren von den Arbeitgebern die Herren Weber und Vode, von den Arbeitnehmern die Herren Kleinow und Eingrieber anwesend. Den Vorsitz führt Herr Weber. 1. Arbeitnehmer gegen die Firma Girsch u. Co. Die Verhandlung wird aus Gründen persönlicher Verhinderung des Herrn Girsch vertagt.

2. Lederstepperrin Frä. R. erhebt Anspruch gegen die Firma Jessen aus den Stundenlohn für Lederstepperrinnen und Nachzahlung der Differenz für die Zeit vom 1. März bis 26. Juni 1915 im Betrage von 67,70 Mk.

Herr Jessen ist zur Verhandlung weder erschienen noch vertreten.

In der stattfindenden Verhandlung und aus den Aussagen der Klägerin geht hervor, daß dieselbe als Lederstepperrin gearbeitet hat. Sie hat weder Stoff auf Stoff genäht noch gesäumt.

Nach Ansicht der Schlichtungskommission ist die gleiche als Lederstepperrin zu entlohnen. NB. Inzwischen ist der Klägerin der geforderte Betrag ausbezahlt worden.

3. Sattler- und Hilfsarbeiter gegen die Firma Ahrendt, Steil-Kammernfabrik.

1. Wegen nichttarifmäßiger Bezahlung der Stundenlöhne; 2. wegen Einführung der 53stündigen Arbeitszeit (gearbeitet werden 54 Stunden).

Eine Einigung zu Punkt 1 kommt nicht zustande. Da bei der Firma das Stellummet teils in Lohn, teils in Akkord angefertigt wird und der Tariflohn, Hof. 190 des Reichstarifs, nach Angabe der Arbeitnehmer nicht erreicht wird, welches die Firma bestritt, wird Herr Ahrendt ausgedrückt, eine Aufrechnung hierüber der Schlichtungskommission einzureichen; derselbe gab seine Zustimmung.

Die 53stündige Arbeitszeit verpflichtet sich die Firma, ab 25. September einzuführen.

Anmerkung. Inzwischen hat Herr Ahrendt dem Vorsitzenden der Schlichtungskommission mitgeteilt, daß er sich außerhalb des Reichstarifs stehend betrachtet, da er mit dem Kriegsministerium einen Lieferungsvertrag abgeschlossen hat, auf Grund dessen er sich ausdrücklich weigert, den Reichstarif anzuerkennen.

Herr Ahrendt ist Erfinder des Stellummetts. Um diese Einwendungen aufzuklären, sind die nötigen Schritte unternommen worden.

In der 5. Sitzung am 27. Oktober waren anwesend von den Arbeitgebern die Herren Neumann und Grödelbach, von den Arbeitnehmern die Herren Kleinow und Eingrieber. Den Vorsitz führt Herr Neumann.

1. Vertagte Verhandlung vom 18. September. Arbeitnehmer gegen die Firma Girsch u. Co. wegen zu geringer Entlohnung des Geniedriemens für Feldartillerie. Bezahlt wurde 1 Mk., Tarifpreis (Nachtrag) 1,37 1/2 Mk., Differenz 0,37 1/2 Mk.

Die Arbeiten wurden unter Protest ausgeführt. Es kommt ein Vergleich zustande. Der Vertreter der Firma verpflichtet sich, die Differenz nachzahlen, abzüglich für gelieferten Faden und Wachs (0,01 Mk.) und Verputz und Reifeln (0,08 1/2 Mk.), in Summa 0,12 1/2 Mk.

Es verbleibt demnach eine nachzahlende Differenz von 0,25 Mk. pro Geniedriemen.

Die Firma erhebt Gegenforderung auf Hof. 160 des Reichstarifs und legt mündlich Beidverbe ein wegen zu hoher Entlohnung der angegebenen Position. Sie beantragt Gegenrechnung.

Weber die Verrechnung der Gegenforderung beschließt die Schlichtungskommission einen weiteren Termin anzusetzen, wo beide Parteien ihre Belegen mitbringen sollen.

Die Verhandlung am 29. Oktober fand unter derselben Besetzung statt.

Von den Parteien sind anwesend: für die Firma Herr Regenbogen und als Zeuge Herr Otto Kimmel, für die Arbeitnehmer die Herren Mühlmeier und Wollkowitz. Den Vorsitz führt Herr Grödelbach.

Herr Kimmel behauptet als Zeuge, daß er zu den Gesellen König, Scheberich und Drüner gesagt hat: was bei den Geniedriemen zu wenig gezahlt ist, ist bei den Halstern zu viel gezahlt worden.

Herr Mühlmeier und Herr Wollkowitz sagen aus, daß ihnen ein Protest von der Firma gegen den Halsternpreis nicht bekannt ist.

Die Gegenforderung wird von der Schlichtungskommission abgewiesen.

Vergründung: Als die Gesellen wegen des zu niedrigen Lohnsatzes für Geniedriemen vorstellig wurden, hätte die Firma Girsch u. Co. für die Halstern einen geringeren Lohnsatz ansetzen können. Wenn hierüber mit den Gesellen eine Einigung nicht zu erzielen war, hätte sie sofort Einspruch bei der Schlichtungskommission erheben müssen. Da die Firma dieses nicht getan hat, erkennt die Schlichtungskommission den Einspruch nicht an, da derselbe nicht rechtzeitig und ordnungsgemäß erfolgt ist.

**feldpostbrief.**

Geschrieben den 1. November 1915 in Frankreich (Champagne).

Werte Kollegen!

Endlich komme ich dazu, Euch ein Lebenszeichen von mir zu geben. Wir sind nun schon bald vier Wochen auf dem Kriegsschauplatz, und wäre es mir heute lieber als irgendetwas, wenn der grausame Krieg sein Ende erreichen würde. Was wir jetzt bloß mit den Bodenverhältnissen zu kämpfen haben. Alles grundlos. Das Wasser und der Dred läuft einem oben in die Stiefel hinein, und man steht manchmal so fest, daß man Rufe hat, die Füße wieder herauszubringen. Die Erde hier ist sauer streide und Lehms. Wenn wir in den Gräben kommen, haben wir fünf Stunden zu marschieren, und wir fürchten den Marsch mehr als den eigentlichen Dienst im Graben. Man gewöhnt sich so an das Granatfeuer, daß man schon die Einschläge nicht mehr hört und in aller Gemütsruhe seine Zigarette dabei raucht. Würde nur jeder, der sich weigert, den Verordnungen des Verbandes (Extraktträge) nachzukommen, nur einige Stunden in einem Schützengraben stehen, er würde kein Wort mehr reden und ruhig und mit Freuden all das machen, was verlangt wird. Eine Vorstellung vom dem Treiben und Leben im Krieg kann sich selbst die fähigste Phantasie nicht machen, da man das hören und sehen muß. Für heute Schluss, wir müssen weg. Nächstens folgt Brief. Laßt mal was hören. Viele Grüße an Euch alle. Euer Kollege Herr. Wöhner.

**Die Folgen des Antreibesystems in Amerika.**

IK. Die amerikanische Automobilindustrie hat in den wenigen Jahrzehnten ihres Bestehens einen gewaltigen, sprunghaften Aufstieg erlebt. Riesenprofite haben die Automobilfabrikanten eingeschmeißelt und heimfen sie jetzt noch ein. Dabei sind in Verhältnis die in der Automobilindustrie gezahlten Löhne noch nicht die niedrigsten. Wenn diese Arbeiter einen etwas höheren Lohn erhalten als die Arbeiter in anderen Industrien, so werden an sie

auch erhöhte Anforderungen gestellt. Das Antreiberien in wohl irgendein zu entwickeln wie in den Automobilfabriken. Auch in der bekannten Jordischen Arbeit, von wo uns ja so viel von Arbeiterfürsorge und gerechter Behandlung gemeldet wird, eine billige Aktion für Jordische Automobile, auch dort ist das Antreiberien in voller Blüte.

Katzenbach kann ein solches Antreiberien der Arbeiter nicht ohne Einfluss auf die Gesundheit der Arbeiter bleiben. Und es hat seine besondere Bedeutung, wenn Jord ein eigenes Hospital erbaut. Würden die Ärzte in diesem Hospital Nachforschungen anstellen, warum die Jordischen Arbeiter in ziemlich hohem Prozentsatz krank sind, so würden sie leicht eine Verbindung zwischen dem Antreiberien und der Krankheit finden. Das trifft nicht allein für die Jordischen Werke, sondern auf die gesamten Automobilfabriken zu. Und ebenso auf alle Industrien.

Dieser Tage versammelten sich, wie wir amerikanischen Vätern, deren Berichte wir hier folgen lassen, einnehmen, die Vertreter der „Beeringung“ für öffentliche Gesundheitspflege“ in Rochester, New York. Ein Herr Kittenhouse hielt daselbst einen interessanten Vortrag über die Gesundheit der Industriearbeiter. Seine Ausführungen deden sich ganz mit dem oben Gesagten. Wir entnehmen dem Vortrage die folgenden Kernpunkte:

„In den letzten drei Jahrzehnten haben sich die Todesfälle infolge Heberanstrengung des Herzens, der Lunge und der Nieren um mehr als 100 Proz. vermehrt. In einem Jahrzehnt, von 1900 bis 1910, war diese Vermehrung in den Registrierungsstaaten von 17 bis 38 Proz., in einzelnen der großen Städte von 20 bis 33 Proz. In den zehn Jahren, endend mit dem Jahre 1900, betrug die Vermehrung der Todesfälle infolge Heberanstrengung 32 Proz. innerhalb einer Arbeiterklasse von über vier Millionen.“

Diese Angaben beziehen sich auf Arbeiter in allen Betrieben. Eine spezielle Untersuchung von 1000 Arbeitern und Lokalen in der Automobilindustrie ergibt genau ein solch ungünstiges Bild, wenn nicht noch schlimmer. Obwohl, wie die Untersuchung hervorhebt, die Arbeitsverhältnisse und Ent-

lohnung dieser Arbeitergruppe noch nicht die ungünstigen sind, stellte es sich doch heraus, daß 42 Proz. von diesen 1000 Arbeitern in der Automobilindustrie vorzeitig gealtert sind, 30 Proz. hatten Nierenbeschwerden, 8 Proz. wiesen organische Herzfehler auf, 68 Proz. hatten verschiedene Mundkrankheiten, als schlechte Zähne, lockere Gummien usw., 5 Proz. waren mit Tuberkulose in gefährlichem Stadium befallen, 65 1/2 Proz. der Arbeiter waren ärztlicher Hilfe bedürftig, ohne daß die meisten von der Notwendigkeit dessen in Kenntnis waren.

Diese Zahlen lassen erkennen, daß es nicht gut mit den Gesundheitsverhältnissen der in der Automobilindustrie beschäftigten Arbeiter steht. Die Ursachen sind, wie schon angeführt, die äußerste Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft. Ein Mensch, der durch eine intensive, alle Energie und Aufmerksamkeit erfordernde Tätigkeit Tag für Tag sein Brot verdienen muß, verliert naturgemäß an Widerstandskraft gegen Krankheiten. Je abgeraderter, je ermüdet er ein Mensch ist, um so weniger ist seine körperliche Konstitution instand, krankheitsverregenden Einflüssen Widerstand entgegenzusetzen. Durch die moderne Arbeitsteilung wird die geistige und körperliche Kraft des Arbeiters in großer Maße in Anspruch genommen. Da ist selbst eine Achtstundearbeitszeit eine viel zu lange. In der übrigen Zeit hat der Körper nicht die genügende Zeit, um die verbrauchte Energie, körperliche und geistige, in vollem Maße wieder zu ersetzen. Die Folge ist ein frühzeitiges Altern der betreffenden Arbeiter und eine vermehrte Zahl von Todesfällen, die entstehen durch die Heberanstrengung der einzelnen Organe. Das Mittel der Abhilfe liegt, wie die ärztlichen Autoritäten sagen, in erster Linie in einer Verkürzung der Arbeitszeit, dem Abschaffen des Antreiberien, besseren Löhnen und anderen Verbesserungen. Eine Ansicht, der wir uns ohne Bedenken anschließen können.

3. Quartal, die Kollege Krüger erstattete, ergibt eine Einnahme von 7390,85 Mk. und 48,10 Mk. für die Jugendabteilung. Die Ausgaben betragen 808,75 Mk. für Arbeitslosen, 282,25 Mk. für Krankenunterstützung und 295 Mk. für Verdigungsbeihilfe in acht Fällen. Für Unfallunterstützung wurden 30 Mk. vorausgibt, die Hauptkasse erhielt 4619,63 Mk. Die Einnahme ist wesentlich geringer als in normalen Zeiten, wobei berücksichtigt werden muß, daß über 1000 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen sind. Infolge harten Rückganges der Beschäftigung mußten 79 Mitglieder wegen Vertragsrücknahme gestrichen werden, wovon der größte Teil als Verurteilte in den Zeiten harten Geschäftsganges in der Militärbranche aufgenommen, also nur kurze Zeit Mitglied war. Es war voranzuziehen, daß uns diese Leute beim Nachlassen der Militärarbeit zum großen Teil wieder verloren gehen würden. Der Mitgliederstand betrug am Schluß des Quartals insgesamt noch 1020. Von den zum Heeresdienst eingezogenen Kollegen haben bereits 60 den Heldentod für das Vaterland erlitten. Die Abrechnung wurde befalls angenommen und auf Antrag der Neuwahlen dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei dem jüngerlichen Besuch der Versammlung wurde auf weitere Erörterung von Verbandsangelegenheiten verzichtet.

**Bekanntmachung des Zentralvorstandes.**  
Der Beitrag der Ortsverwaltung Mainz beträgt vom 1. Januar 1916 ab 60 Pf. pro Woche.  
Der Vorstand.

**Adressenänderungen.**  
Braunschweig. K. O. Paul, Silberseimerstr. 18. Arbeitsnachweis und Sprechstunde für Vertrauensleute 7-8 Uhr beim Kollegen Heise, Alter Zeughof 8.  
Widau. K. Johann Goris, Rosenstr. 5 III.

**Korrespondenzen.**

Offenbach a. M. (S. 5, 11.) Montag, den 1. November, fand unser Quartalsversammlung im hiesigen Gewerkschaftshaus statt. Die Abrechnung vom

**Sterbetafel.**

Den Heldentod auf dem Schlachtfelde fanden unsere Mitglieder:

- Wilh. Diez, Mumpenheim, 81 Jahre alt.
- Franz Weller, Karlsruhe, 21 Jahre alt.
- Ludwig Eisenbarth, Elm, 28 Jahre alt.

**Offenbach a. M.**

- Karl Brand, 22 Jahre alt.
- Alfred Prüntigum, 27 Jahre alt.
- Wilhelm Diez, 81 Jahre alt.
- Jean Eichenauer, 23 Jahre alt.
- Lorenz Gains, 28 Jahre alt.
- Robert Häufel, 27 Jahre alt.
- Karl Ludw. Heß, 31 Jahre alt.
- Burkhard Jorch, 28 Jahre alt.
- Franz Keller, 30 Jahre alt.
- Josef Knecht, 21 Jahre alt.
- Heinrich Knipper, 31 Jahre alt.
- Heinrich Knöpp, 28 Jahre alt.
- Georg Koch, 30 Jahre alt.
- Edo Kunz, 23 Jahre alt.
- Paul Liechner, 28 Jahre alt.
- Karl Markert, 21 Jahre alt.
- Leonhard Meier, 89 Jahre alt.
- Heinrich Mohr, 28 Jahre alt.
- Willi Morgenstern, 26 Jahre alt.
- Ludwig Müller, 21 Jahre alt.
- Heinrich Unterermann, 22 Jahre alt.
- Heinrich Vellius, 22 Jahre alt.
- Wilhelm Voll, 39 Jahre alt.
- Jakob Wette, 30 Jahre alt.
- Michael Raab, 30 Jahre alt.
- Karl Weichel, 22 Jahre alt.
- Wilhelm Wöber, 21 Jahre alt.
- Emil Rohmann, 32 Jahre alt.
- Peter Rupp, 27 Jahre alt.
- Heinrich Sauerland, 31 Jahre alt.
- Paul Richard Seidel, 27 Jahre alt.
- Adam Syberg, 26 Jahre alt.
- Franz Schäfer, 24 Jahre alt.
- Heinrich Schales, 31 Jahre alt.
- Ferdinand Schuermann, 21 Jahre alt.
- Karl Schmiedel, 27 Jahre alt.
- Andreas Schmidt, 18 Jahre alt.
- Heinrich Schmidt, 88 Jahre alt.
- Karl Schneider, 19 Jahre alt.
- Heinrich Wil. Straub, 34 Jahre alt.
- Heinrich Timper, 24 Jahre alt.
- Adam Trupp, 29 Jahre alt.
- Karl Volk, 39 Jahre alt.
- Friedrich Wilhelm, 37 Jahre alt.
- Stuttgart. Karl Weigman, 34 Jahre alt, gefallen in Belgien.

Berlin. Am 30. Oktober verstarb der Kollege Julius Drieschner, 69 Jahre alt.  
Für Ihre lieben Andenken.

**Anzeigen**

**Verwaltungsstelle Berlin.**

Sonntag, den 28. November 1915, nachmittags 4 Uhr, in der „Urania“, Taubenstr. 48/49:

**Sonder-Vorstellung**

„Die Dardanellen, Konstantinopel und der Bosphorus.“

Der Eintrittspreis beträgt inkl. Garderobe 66 Pf. pro Person. Villetts sind auf dem Bureau sowie bei den Verkauftvertrauensleuten zu haben.

Villetts, welche bis zum 20. November nicht zurückgegeben sind, gelten als verkauft.

Das Komitee.

Sattler als

**Strohbaner und Zusammensteller**

auf Strohbaner p. A. erhalten dauernde Beschäftigung auf Tarifpreisen mit 10 Prozent Aufschlag. Reisegeld wird nach Uebereinkunft vergütet.

Strohbanerfabrik J. Martens & Co., Straßburg.

**Ortskrankenkasse der Buchbinder und verw. Gewerbe zu Berlin.**

Am Donnerstag, den 25. November 1915, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3

**ordentliche Ausschuß-Sigung**

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über den Voranschlag für 1916.
2. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses für die Prüfung der Jahresrechnung.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Herrn Hauda, Vorsitzender. Fr. Keese, Schriftführer.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

**Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.**

Gegründet 1880. Preislisten S. P. gratis und franco.

**Tüchtige, auch jüngere Sattler**

finden lohnende und dauernde Beschäftigung auf Militärarbeit.

L. Estelmann, Fabrik für Heeresausrüstung, Straßburg i. Elsaß, Irntgasse 9.

**Mehrere tüchtige Riemensattler**

finden Beschäftigung bei

Gebrüder Hesselberger, Leder- und Tralriemen-Fabrik, München.